

# **POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: FREIHEIT, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND SOLIDE FINANZEN – FÜNF FORDERUNGEN FÜR EINE ZEITENWENDE IN DER FINANZ- UND STEUERPOLITIK**

Wir Freie Demokraten setzen uns für Reformen in der Finanz- und Steuerpolitik noch in dieser Legislaturperiode ein, die auf Freiheit, Wettbewerbsfähigkeit und soliden Staatsfinanzen beruhen. Wir sind davon überzeugt, dass dies der beste Weg ist, um Krisen zu bewältigen, Wohlstand zu schaffen und die Zukunft unseres Landes zu sichern. Weltweit stehen alle großen Volkswirtschaften vor enormen Herausforderungen: Steigende Energiepreise stellen die Geschäftsmodelle vieler energieintensiver Unternehmen auf den Prüfstand. Digitalisierung, Automatisierung, Klimawandel und die demografische Entwicklung führen zu einem beschleunigten Strukturwandel, den wir marktwirtschaftlich, technologieoffen und innovativ gestalten wollen. Hohe staatliche Ausgaben und eine steigende Staatsverschuldung waren erforderlich, um die Folgen der Corona- und der gegenwärtigen Energiekrise zu mildern; jetzt gilt es, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

Dabei unterscheidet sich der liberale Weg aus der Krise grundlegend von anderen Ansätzen. Liberale Politik setzt auf mutige Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb bewähren, statt auf ängstlichen Protektionismus und einen Subventionswettlauf. Sie setzt auf niedrige Steuern für private gewinnträchtige Investitionen statt auf hochsubventionierte defizitäre Staatsbetriebe. Sie setzt auf kluge Investitionsanreize, beispielsweise durch Superabschreibungen. Sie setzt auf unbürokratische, schnelle und einfache Verwaltungsverfahren sowie eine kluge Ordnungspolitik, von der insbesondere der Mittelstand profitiert, statt auf immer neue Verbote, Gebote und langsame Genehmigungsverfahren. Sie setzt auf verantwortungsvolles Haushalten in der Gegenwart und solide Staatsfinanzen statt auf verantwortungsloses Schuldenmachen und öffentliche Schuldenberge zulasten künftiger Generationen.

## **1. Steuern senken und reformieren**

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine Reihe von steuerpolitischen Maßnahmen ein, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, Wachstum zu generieren und die Steuerlast für Bürger und Unternehmen zu begrenzen:

- Wir wollen die Unternehmensteuer auf ein mit dem OECD-Durchschnitt vergleichbares Niveau von etwa 25 Prozent effektiver Steuerbelastung senken, den Solidaritätszuschlag abschaffen und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß absenken. Das ist eine Investition in die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.
- Mit einer Investitionsprämie wollen wir private Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung fördern.

- Wir schaffen attraktive steuerliche Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen, damit deutsche Start-ups und Wachstumsunternehmen bessere Chancen haben, am internationalen Arbeitsmarkt hoch qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen.
- Wir setzen uns dafür ein, jährlich statt alle zwei Jahre eine Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflationsentwicklung zu prüfen, um Kalte Progression noch zielgerichteter zu vermeiden.
- Die Einführung einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe lehnen wir entschieden ab.

Das Steuersystem bedarf allerdings auch einer kontinuierlichen Weiterentwicklung:

- Perspektivisch fordern wir weiterhin einen echten „Tarif auf Rädern“ in der Einkommensteuer. Auch in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir die Freibeträge inflationsindexiert regelmäßig anpassen.
- Die international unübliche Gewerbesteuer wollen wir abschaffen und durch kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzen. Dabei muss insbesondere sichergestellt werden, dass zukünftig ausschließlich nur noch echte Erträge besteuert werden.
- Die Einkommensteuer machen wir gerechter und effizienter, indem wir den Mittelstandsbauch abbauen. Mehr Arbeit soll sich auch wieder mehr lohnen.
- Indem wir den Sparerfreibetrag weiter erhöhen und eine neue Spekulationsfrist für längerfristige Kapitalanlagen einführen, stärken wir sowohl den Vermögensaufbau für die private Altersvorsorge als auch den Kapitalmarkt in Deutschland.

## **2. Solide öffentliche Finanzen bewahren**

Die Ampel-Koalition ist ein Bündnis, das sich im Koalitionsvertrag als „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ versteht. Nur eine nachhaltige Haushaltspolitik ist gerecht gegenüber nachfolgenden Generationen, während ausufernde öffentliche Schulden den Freiheitspielraum unserer Kinder und Enkel immer weiter einschränken. So sind beispielsweise die Zinskosten im Bundeshaushalt innerhalb kurzer Zeit auf 40 Mrd. Euro pro Jahr angestiegen. Deshalb wollen wir als FDP-Fraktion weiterhin ein Garant für solide öffentliche Finanzen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse auch im Jahr 2024 eingehalten wird. Damit das gelingt, muss sich die Haushaltspolitik an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Wir müssen Wachstumskräfte entfesseln und Aufgaben stärker priorisieren.
- Wir müssen die zahlreichen Subventionen und Förderprogramme kritisch unter die Lupe nehmen, um überflüssige und unwirksame Subventionen und Förderprogramme zu identifizieren. Der Bund hat Bürger und Unternehmen in der Corona- und in der Energiekrise kraftvoll unterstützt. Jetzt gilt es, die staatlichen Ausgaben in angemessenen Schritten auf ein Normalmaß zurückzuführen.

- Auch die Länder müssen finanziell wieder stärker Verantwortung für diejenigen Aufgaben übernehmen, für die sie nach der Verfassung zuständig sind. Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen müssen vor dem Hintergrund der Tendenz der Verschiebung der Finanzkraft zu den Ländern neu austariert werden; in diesem Zusammenhang wollen wir auch prüfen, ob die Länder bei den Gemeinschaftssteuern mehr Flexibilität erhalten können.
- Die grundgesetzliche Schuldenbremse hat sich als Hüterin solider Staatsfinanzen durch Flexibilität in der Krise und Stabilität nach der Krise bewährt. Wir stehen zu unserer Zusage im Koalitionsvertrag, das Konjunkturbereinigungsverfahren basierend auf den Erkenntnissen der letzten zehn Jahre zu evaluieren. Wir lehnen jedoch Änderungsvorschläge entschieden ab, die nur einen politisch motivierten, erhöhten Verschuldungsspielraum anstreben.

### **3. Gemeinsame Regeln statt gemeinsamer Schulden in Europa**

Die Europäische Union ist dann am stärksten, wenn auch die einzelnen Mitgliedstaaten wirtschaftlich stark sind und die gemeinsam vereinbarten Regeln Vorteile für alle Mitgliedstaaten generieren. Für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion benötigen wir in vielen Mitgliedstaaten einen glaubhaften Schuldenabbau nach den hohen Ausgaben in den letzten Krisenjahren. Deshalb setzen wir uns für glaubwürdige Regeln ein, die ein solides Haushalten in den Mitgliedstaaten und in der Europäischen Union befördern:

- Die reformierten Fiskalregeln müssen klare quantitative Vorgaben zum Abbau der Schuldenquoten in hoch verschuldeten Ländern enthalten.
- Die Europäische Union muss das Prinzip der Subsidiarität wieder stärker achten und sich auf diejenigen Aufgaben konzentrieren, die einen echten europäischen Mehrwert erzeugen.
- Weitere beitrags- oder schuldenfinanzierte EU-Fonds außerhalb des regulären Mittelfristigen Finanzrahmens wie Next Generation EU, die einzelnen Mitgliedstaaten zweckgebundene Zuschüsse oder Darlehen gewähren, lehnen wir ab. Next Generation EU muss ein einmaliges Instrument zum Aufbau nach der Corona-Krise bleiben.
- Mit Blick auf die MFR Review muss konsequenterweise gelten, dass Konsolidierungs-, Priorisierungs- und Umschichtungsmaßnahmen nicht ausgeschöpfter EU-Fonds vor der Einführung neuer Eigenmittel getroffen werden müssen. Solide Finanzen auf EU-Ebene erfordern auch eine nachhaltige Finanzierung der notwendigen Tilgung für die im Zusammenhang mit dem Aufbauinstrument "Next Generation EU" aufgenommenen Anleihen der EU. In diesem Sinne werden wir die Vorschläge der EU-Kommission prüfen und darauf hinwirken, dass zuerst ungenutzte Mittel für die Tilgung herangezogen werden müssen. Insbesondere das neu in Betracht gezogene befristete Eigenmittel auf der Grundlage von Statistiken zu Unternehmensgewinnen sehen wir mit Skepsis; es muss dabei jedenfalls sichergestellt werden, dass keine zusätzlichen Belastungen für Unternehmen bestehen und es darf zu keinen zusätzlichen Haushaltsrisiken bei den Mitgliedsstaaten führen.

#### 4. Wettbewerbsfähigkeit durch einen Abbau der (Steuer-)Bürokratie stärken

- Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen stärken, indem wir bürokratische Hemmnisse abbauen.
- Wir setzen uns dafür ein, das Bürokratieentlastungsgesetz IV schnell umzusetzen. Auch Betriebsprüfungen müssen zukünftig sowohl zeitnaher als auch digitaler und damit insgesamt effizienter gestaltet werden. Insbesondere wollen wir digitale Kommunikationswege in der und zur Verwaltung weiter ausbauen und im Sinne des Onlinezugangsgesetzes etablieren.
- Im Zuge der Einführung der geplanten Mindeststeuer erwarten wir auch eine Reduzierung der Hinzurechnungsbesteuerung nach dem AStG auf ebenfalls 15 %.
- Wir wollen den Verwaltungsaufwand, v.a. für mittelständische kleine und mittlere Unternehmen, weiter reduzieren, indem wir alle bestehenden Informationspflichten auf deren Notwendigkeit hin überprüfen, Aufbewahrungsfristen verkürzen und das digitale Vorhalten von Unterlagen mit der analogen Form gleichstellen.
- Deshalb führen wir die E-Rechnung mit einem elektronischen Meldesystem für die Erstellung, Prüfung und Weiterleitung von Rechnungen ein.
- Wir treiben die Digitalisierung im Steuer- und Finanzbereich voran und vereinfachen so den Austausch zwischen Steuerpflichtigen und den Finanzbehörden.

#### 5. Finanz- und Kapitalmärkte stärken

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort benötigt auch starke Finanz- und Kapitalmärkte. Deshalb wollen wir die Digitalisierung von Verwaltung und Finanzmärkten voranbringen:

- Wir brauchen mehr Aktienkultur in Deutschland. Der Kapitalmarkt bietet nicht nur Unternehmen, sondern auch Kleinanlegern enormes Potenzial zu Steigerung und zum Aufbau von Vermögen. Mehr finanzielle Bildung schafft zudem auch mehr Partizipation am Finanzmarkt. Dadurch steigt das Interesse der Allgemeinheit an einem stabilen Finanzsystem. Zugleich kommen Unternehmen einfacher an Kapital, da mehr Liquidität vorhanden ist. Das kommt letztlich auch der Wirtschaft zugute und schafft neue Arbeitsplätze und finanziert Innovationen. Daher wollen wir finanzielle Bildung fördern, denn sie bildet den Grundstein für Vermögensbildung, macht finanziell unabhängig, reduziert die Gefahr von Altersarmut und leistet so einen entscheidenden Beitrag für finanzielles Wohlergehen.
- Professionelle Finanzmarktakteure sollen untereinander, mit privaten Kunden und mit Behörden schnell, kostengünstig, einfach und rechtssicher digital kommunizieren und Transaktionen abwickeln können. Noch bestehende Schriftformerfordernisse wollen wir abbauen.
- Wir setzen uns für einen digitalen Euro ein, der Innovationen im Finanzbereich beschleunigt, die Privatsphäre der Nutzer wahrt und auch anonyme Transaktionen ermöglicht.

- Verbriefungen bieten eine Chance zur Finanzierung wichtiger Investitionen. Eine Wiederbelebung des Verbriefungsmarkts durch eine Reform der europäischen Regulierung würde die kapitalmarktbasierende Finanzierung der Volkswirtschaft und insbesondere des Mittelstands stärken.
- Ein Provisionsverbot lehnen wir entschieden ab, da es die Anlagekultur in Deutschland weiter schwächen und den Zugang zu wichtigen Beratungsdienstleistungen für große Teile der Bevölkerung erschweren würde.